

Persönlich / Vertraulich

Protokoll

Anlass	185. Sitzung der Kommission Bildung und Forschung
Ort	Hegibachstrasse 47, 8032 Zürich
Datum	Freitag, 19. Juni 2026
Zeit	09:30 – 12:00 Uhr
Anwesend	Nina Bachmann (Swiss Textiles); Liliane Brunner Halbach (F. Hoffmann-La Roche AG); Alain Gut (IBM Schweiz); Franziska Hedinger (Schweiz. Baumeisterverband); Rita Hidalgo (scienceindustries); Regula Jöhl (ZHAW); Michael Käppeli (ETH-Rat); Stefan Leuenberger (Kalaidos Bildungsgruppe); Ulrich Jakob Looser (Präsident; BLR & Partners); Rudolf Minsch (economiesuisse); Carolina Müller-Möhl (Müller-Möhl Group); Martin Missbach (Novartis); Noël Palushaj (scienceindustries); Jean-Marc Piveteau (Präsident der SCNAT); Peter Ryser (EPFL); Werner Tschan (Tschan Management AG); Thomas Werder (SNF); Nadine Wüthrich (economiesuisse)
Online	Bernhard Blank (Gymnasium Lerbermatt); Maurice Campagna (CEC); Adam Gontarz (Swissmem); Klaus Müller; Reto Müller (BLR Partners AG); Remo Steinmetz (Swiss Re AG); Catherine Lance Pasquier (FER)
Entschuldigt	Anton Aschwanden (Google Switzerland); Michael Altorfer (Swiss Biotech Association); Nicolas Aune (FER); Barbara Bader (HSLU); Bettina Balmer (Nationalrätin); Daniela Decurtins (VSG); Markus Enggist (ATRASIS GmbH); Corine Fiechter (economiesuisse); Dieter Flückiger (Flückiger + Bosshard AG); Andrea Gmür-Schönenberger (Ständerätin); Dominique Gruhl-Bégin (Innosuisse); Matthias Kaiserswerth (Hasler Stiftung); René Lenggenhager (Novaxent GmbH); Christoph Leuenberger (ETH Rat); Ernst Lutz (NV Bekaert SA); Nicole Meier (SAV); Stephan Mumenthaler (scienceindustries); Florian Némethi (Chambre neuchâteloise du commerce et de l'industrie); Andreas Obrist (SVV); Martin Riediker (Touchless Biometric Systems AG); Andreas Rüfenacht (Nestlé SA); Dominique Steiner (Schweiz. Bankiervereinigung); Sonja Studer (Swissmem); Markus Tanner (UBS AG); Beat Walti (Wenger & Vieli AG); Karin Vallone (HKBB);
Gäste	Michael Gerber (SBFI), Catherine Kropf (SBFI)
Protokoll	Nadine Wüthrich, 24. Juni 2026

Traktanden

- Referate von Michael Gerber, SBFI zum Thema «Schweizer Teilnahme an Horizon Europe: aktueller Stand, Zukunftsperspektiven & Herausforderungen» und Catherine Kropf, SBFI zum Thema «Die Schweiz im Weltraum – die Bedeutung der Raumfahrt für die Schweiz und wie sie den Innovations- und Forschungsstandort stärkt»
- Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 6.2.2026
- Mitteilungen des Präsidenten und des Sekretariats
- Dossierpolitik Tierversuchsverbotsinitiative
- Präsentation Projekt Grundkompetenzen der obligatorischen Schulzeit
- Überblick Arbeitsprogramm
- Varia

Der Präsident begrüsst die Mitglieder der Kommission zur zweiten Sitzung des Jahres.

- 1 Referate von Michael Gerber, SBFI zum Thema «Schweizer Teilnahme an Horizon Europe: aktueller Stand, Zukunftsperspektiven & Herausforderungen» und Catherine Kropf, SBFI zum Thema «Die Schweiz im Weltraum – die Bedeutung der Raumfahrt für die Schweiz und wie sie den Innovations- und Forschungsstandort stärkt»**

- ➔ Die Präsentationen sind als separater Anhang verfügbar.
- ➔ Link zur Wirkungsstudie des SBFI: [FP Wirkungsstudie 2026.pdf](#)
- ➔ Link zu unserem Artikel über die Wirkungsstudie: [Innovation braucht verlässliche Beziehungen | economieuisse](#)

Die Diskussionrunde wird eröffnet:

Michael Gerber erläutert, aktuell werde eine Botschaft für den Bundesrat zur neuen Programmgeneration erarbeitet. Dabei bestünden noch zahlreiche Unsicherheiten, insbesondere im Hinblick auf mögliche Ausschlüsse aufgrund von Vorbehalten einzelner EU-Mitgliedstaaten. Bislang habe die Schweiz in praktisch allen strategischen Bereichen teilnehmen können, mit Ausnahmen in einzelnen Raumfahrtprogrammen. Wie sich dies in der neuen Programmgeneration entwickeln werde, sei derzeit offen. Entsprechend gebe es viele ungeklärte Fragen zum Assoziierungsstatus. Je nach Kostenentwicklung könnte es notwendig werden, Teilassoziiierungen zu prüfen und Priorisierungen vorzunehmen.

Michael Gerber führt weiter aus, im European Competitiveness Fund (ECF) seien zahlreiche für die Schweiz relevante Programme vorgesehen, insbesondere in den Bereichen Dual Use, Raumfahrt und Verteidigung. Zudem bestünden enge Verknüpfungen zu Horizon Europe. Die nächsten Schritte seien stark vom politischen Prozess rund um die Bilateralen III geprägt. Dies erfordere ein hohes Mass an Flexibilität beim SBFI sowie das Arbeiten mit unterschiedlichen Szenarien.

Ruedi Minsch spricht das Thema „European Preference“ an und fragt, inwiefern protektionistische Massnahmen der EU, etwa im Bereich Beschaffung, bereits bei Horizon Europe vorgesehen seien.

Michael Gerber erklärt, diese Präferenzen seien inhaltlich noch nicht konkret definiert. Im ECF werde jedoch davon ausgegangen, dass entsprechende Regelungen insbesondere im Bereich Dual Use eine Rolle spielen könnten. Zudem werde derzeit im VBS an einer Partnerschaft im Bereich EU-Defence gearbeitet. Insgesamt bestehe aktuell keine grosse Gefahr umfassender Ausschlüsse in diesem Bereich, eher jedoch im Bereich Raumfahrt.

Peter Ryser erkundigt sich nach dem Budget von Horizon Europe.

Michael Gerber erklärt anhand der Übersicht, das EU-Parlament habe eine Erhöhung der Budgets angestrebt, während der Rat Kürzungen bevorzugt habe, weshalb insgesamt eher mit einer Reduktion gerechnet werde. Für Horizon Europe bzw. FP10 werde ein Budget von rund 175 Mrd. Euro genannt, der ECF sei mit 234 Mrd. Euro vorgesehen (vgl. Folie 16 in der Präsentation). Insgesamt ergebe sich damit,

insbesondere durch den neuen ECF, eine deutliche Ausweitung der Mittel, die im Vergleich zu früheren Programmgenerationen ungefähr einer Verzehnfachung entspreche. Für Horizon Europe allein entspreche dies etwa einer Verdoppelung.

Maurice Campagna fragt abschliessend, ob eine Teilnehmendenliste der Wirkungsstudie verfügbar sei. Es wird festgehalten, diese sei nicht publiziert worden, das KOF verfüge jedoch über entsprechende Daten und könne bei Interesse Auskunft geben.

Der Präsident erkundigt sich, wer die Nutzer der Raumfahrtforschung mit der ESA seien.

Catherine Kropf erklärt, dabei handle es sich in erster Linie um Hochschulen und Unternehmen.

Catherine Kropf führt aus, die Schweiz sei Mitglied der ESA mit Sitz in Paris, wo die Raumfahrtprogramme entwickelt würden. Die ESA fungiere zudem als Entwicklungsagentur der EU: Wenn die EU Raumfahrtprogramme lanciere, übernehme die ESA die technische Entwicklung, an der die Schweiz beteiligt sei. Sobald die Satelliten die Prototyp-Phase hinter sich hätten, würde die Verantwortung der EU übertragen. Sofern sich die Schweiz beteiligen wolle, sei deshalb dafür ein entsprechendes Abkommen erforderlich. An der EU Space Agency (EUSPA) sei die Schweiz derzeit noch nicht beteiligt.

Ruedi Minsch fragt, ob innerhalb der ESA ein Einstimmigkeitsprinzip gelte.

Catherine Kropf erläutert, es gebe über 90 Programme mit jeweils eigenen Strukturen. Grundsätzlich habe jeder Mitgliedstaat eine Stimme, jedoch beteilige sich nicht jeder Staat an jedem Programm. Die Schweiz sei an fast allen Programmen beteiligt. Zudem erhalte jeder Mitgliedstaat Aufträge im Umfang seines finanziellen Beitrags zurück.

Ruedi Minsch erkundigt sich, ob über die ESA Bedingungen formuliert werden könnten, die die EU verpflichteten, die Schweiz zuzulassen. **Catherine Kropf** betont, die Schweiz habe über die ESA einen gewissen Hebel und könne Einfluss auf die Ausgestaltung der EU-Texte nehmen.

Catherine Kropf hält fest, im Weltraumbereich von Horizon Europe habe die Schweiz grundsätzlich vollen Zugang, insbesondere bei Programmen, die über ESA und EU finanziert würden. Nur in wenigen strategischen Bereichen bestünden Einschränkungen.

Auf die Frage von **Nadine Wüthrich**, ob Teilassoziierungen künftig realistisch seien, erklärt **Catherine Kropf**, dies sollte möglich sein. Das neue Programm werde voraussichtlich offener ausgestaltet, mit dem Ziel, die Schweiz als „trusted partner“ einzubinden und Ausschlüsse zu vermeiden.

Catherine Kropf erläutert weiter, das SBFI stehe in engem Austausch mit den Schweizer Unternehmen und vertrete deren Interessen innerhalb der ESA. Die Unternehmen stünden wiederum in direktem Kontakt mit der ESA. Aufgrund der überschaubaren Struktur der Industrie im Raumfahrtbereich sei dies gut handhabbar.

Carolina Müller-Möhl fragt, wie die Bedeutung der Raumfahrt gegen aussen kommuniziert werde, insbesondere mit Blick auf politische Prozesse und Abstimmungen.

Catherine Kropf erklärt, die Raumfahrt verfüge politisch über eine vergleichsweise kleine Lobby, weshalb auch die Akteure selbst gefordert seien. Der Bund agiere kommunikativ eher zurückhaltend. Zudem erschwere ein Sparpaket mit Kürzungen von rund 10 Prozent im Raumfahrtbereich die Positionierung. Auch die Teilnahme an Copernicus sei aufgrund fehlender finanzieller Mittel unsicher. Das zentrale Thema sei das Budget.

Michael Gerber ergänzt, Erfolge und Nutzen von Horizon Europe seien in der Öffentlichkeit wenig sichtbar. Man sei darauf angewiesen, gemeinsam mit Wirtschaft und Verbänden verstärkt über die positiven Effekte zu kommunizieren, etwa gestützt auf Wirkungsstudien.

Liliane Brunner fragt nach der wirtschaftlichen Relevanz der Raumfahrtforschung und deren Wachstumspotenzial.

Catherine Kropf erklärt, derzeit werde eine Wirkungsanalyse zu den Investitionen durchgeführt; Ergebnisse würden im ersten oder zweiten Quartal 2027 erwartet. Der Raumfahrtsektor sei zwar vergleichsweise klein, generiere jedoch erhebliche Spillover-Effekte, wovon grössere Teil der Industrie profitieren könnten.

Catherine Kropf führt weiter aus, die Raumfahrt sei in der Anfangsphase stark kapitalintensiv, rund 70 Prozent der Investitionen stammten vom Staat. Die eigentliche Wertschöpfung entstehe im Downstream-Bereich, insbesondere in Kommunikation und Navigation, wo kommerzielle Anwendungen möglich seien. Entwicklungen im Low Earth Orbit, etwa in den Bereichen Zeitmessung, Kommunikation und Energieversorgung, seien auch für andere Branchen relevant. Beispiele seien Quantenkommunikation über Satelliten oder potenzielle Rechenzentren im All. Insgesamt seien langfristige Investitionen und ein langer Planungshorizont erforderlich.

Ruedi Minsch fragt nach der Wettbewerbsfähigkeit Europas im Vergleich zu China und den USA. **Catherine Kropf** erklärt, Europa verfüge über deutlich weniger Mittel, insbesondere im zivilen Bereich, während militärische Budgets schwer vergleichbar seien. In der Navigation verfüge Europa jedoch über starke Kompetenzen.

Maurice Campagna erkundigt sich nach der Zusammenarbeit mit SpaceX.

Catherine Kropf erklärt, SpaceX habe mit wiederverwendbaren Raketen eine grundlegende Innovation erzielt und arbeite stark skaliert. Europa verfolge hingegen einen Ansatz mit höherer Risikovermeidung und anderen Marktbedingungen. Zwar gebe es auch in Europa Bestrebungen in Richtung Wiederverwendbarkeit, jedoch fehlten Marktgrösse und ausreichendes Venture Capital für eine vergleichbare Skalierung.

Alain Gut stellt die Frage, ob die Zeit ohne Industriepolitik vorbei sei.

Catherine Kropf hält fest, dass die Schweiz im Raumfahrtbereich bislang gut ohne klassische Industriepolitik gefahren sei. Wettbewerb bleibe zentral für Innovation. Die ESA betreibe jedoch in gewisser Weise Industriepolitik, allerdings über kompetitive Beschaffungsverfahren.

2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 6.2.2026

Der Präsident erklärt, dass es zwei Änderungen im Protokoll gegeben habe. Das aktualisierte Protokoll, mit den Anpassungen in grün, wurde den Mitgliedern mit der Einladung verschickt. Das aktualisierte Protokoll zur Sitzung vom 6. Februar 2026 wird genehmigt.

3 Mitteilungen des Präsidenten und des Sekretariats

Der Präsident erklärt, dass er die Kommission B&F in der VA-Sitzung vom 4. Mai vorgestellt habe. Die Kommission könne weiterhin wie bisher arbeiten. Zur Zusammensetzung der Kommission hätten sich keine Fragen ergeben. Der VA habe unserer Kommission einen grossen Dank für die geleistete Arbeit ausgesprochen.

Ruedi Minsch stellt die Traktanden der VA-Sitzung vom 18. Juni vor. Zur Konjunkturlage hält **Ruedi Minsch** fest, dass das Wachstum unterdurchschnittlich sei. Die Schweiz weise beim Wachstum des BIP pro Kopf eine vergleichsweise schwache Entwicklung auf, allerdings auf einem insgesamt hohen Niveau. Die künftige Entwicklung werde nicht als besonders positiv eingeschätzt. Zudem sei die Schweiz im IMD-Ranking auf Platz 3 zurückgestuft worden. Aus wirtschaftspolitischer Sicht seien solche Signale jedoch hilfreich, da sie den Anpassungsbedarf aufzeigten und verdeutlichten, dass weiterhin Handlungsbedarf bestehe.

Zur Konzernverantwortungsinitiative 2.0 führt **Ruedi Minsch** aus, dass die ursprüngliche Initiative vor einigen Jahren knapp abgelehnt worden sei und nun eine Folgeinitiative vorliege. Diese ziele darauf ab,

die EU-Regulierung zu übernehmen. Allerdings habe die EU ihre eigene Regulierung inzwischen wieder verschlankt, sodass zwischen der Initiative und der aktuellen EU-Regelung eine Differenz bestehe. Bundesrat Jans habe einen Gegenvorschlag ausarbeiten lassen, der die Initiative im Wesentlichen 1:1 umsetze und somit weniger als klassischer Gegenvorschlag, sondern eher als Umsetzungsvariante zu verstehen sei. Dieser Vorschlag gehe nun in die Vernehmlassung. Weiter wird festgehalten, die EU habe bewusst auf Haftungsregelungen verzichtet, die etwa Klagen durch NGOs auf Schadenersatz ermöglichen würden. Der Gegenvorschlag hingegen sehe vor, dass für im Ausland begangene Sachverhalte in der Schweiz nach schweizerischem Recht geklagt werden könne. Dieses Instrument könne insbesondere von NGOs genutzt werden. Sowohl die Initiative als auch der Gegenvorschlag würden von *economiesuisse* abgelehnt, da eine Annahme als nachteilig für den Wirtschaftsstandort beurteilt werde. Es wird darauf verwiesen, dass bereits heute strenge Sorgfaltspflichten bestünden.

Weiter führt **Ruedi Minsch** aus, dass die Kampagne zu den Bilateralen III diskutiert worden sei. Es seien noch keine finanziellen Mittel gesprochen worden, jedoch solle bereits über den Sommer mit den Vorbereitungen begonnen werden.

Zur sogenannten Blackout-Initiative bzw. zur Ermöglichung von Kernkraftwerken hält **Ruedi Minsch** fest, dass *economiesuisse* den Gegenvorschlag unterstütze. **Der Präsident** betont in diesem Zusammenhang, dass es für das akademische Umfeld wichtig sei, dass Forschung in diesem Bereich wieder möglich werde.

Zur Fairness-Initiative erklärt **Ruedi Minsch**, es werde die Nein-Parole vertreten. Eine Annahme würde zu Inkonsistenzen führen, da nach einer allfälligen Einführung der Individualbesteuerung unterschiedliche Regelungen auf Bundes- und Kantonebene entstünden.

Nadine Wüthrich präsentiert den Zeithorizont von Horizon Europe 2028-2034.

Im Europäischen Parlament schritten die Diskussionen zu Horizon Europe voran:

Die Abgeordneten seien inzwischen in Verhandlungen, um mögliche Kompromisspositionen zu identifizieren. Der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) werde voraussichtlich am 10. September sowohl über Horizon Europe als auch über die ECF-Berichte abstimmen. Die voraussichtliche Abstimmung im Plenum des Europäischen Parlaments zu Horizon Europe sei auf den 5. Oktober terminiert. Für den ECF wurde bislang noch kein Termin für die Plenarabstimmung offiziell festgelegt. Parlament und Rat würden derzeit Positionen entwickeln, die weit auseinanderliegen. Dies könnte in den Trilogverhandlungen zu längeren und schwierigeren Verhandlungen führen.

Wichtigster offener Punkt sei die Verknüpfung zwischen FP10 und dem European Competitiveness Fund. Es bestünde ein breiter Konsens über eine notwendige Verbindung, aber unterschiedliche Vorstellungen zur Ausgestaltung.

economiesuisse setze sich ein für eine institutionelle Trennung von FP10 und dem ECF. Für die Schweiz wäre eine enge strukturelle Verknüpfung zwischen FP10 und dem ECF problematisch, falls sich die Schweiz zwar an FP10 beteiligt, jedoch nicht am ECF. Eine klarere Trennung werde deshalb bevorzugt. Ausserdem setze sich *economiesuisse* für die Einführung einer eigenen Kategorie für Staaten wie die Schweiz und das Vereinigte Königreich ein. Ziel sei es, die Assoziierungsbedingungen in der Praxis zu verbessern, insbesondere durch die Begrenzung von Ausschlüssen in strategischen Technologiebereichen. Eine eigene Kategorie könne ein möglicher Weg sein, dies umzusetzen. Irland werde ab Juli 2026 die nächste Ratspräsidentschaft der EU übernehmen. Inputs seien weiterhin möglich. BusinessEurope beobachte den Prozess und informiere seine Mitglieder, wenn eine Reaktion notwendig werde.

Thomas Werder fügt hinzu, dass eine weitere Herausforderung darin bestehe, dass die BFI-Botschaft in der Schweiz diskutiert werden müsse, bevor Klarheit über die Ausgestaltung von FP10 bestehe.

Nadine Wüthrich berichtet, dass die EU im Dezember 2025 entschieden habe, das Budget 2026 für die EU-Forschungsprogramme zu erhöhen. Deswegen musste ein Nachtragskredit beantragt werden. Die WBK-S und FK-N haben diesem Budgetnachtrag zugestimmt. In der ursprünglichen Mitteilung des

Bundesrats hiess es, dass es aufgrund des zusätzlichen Budgetbedarfs für das Horizon Europe Paket im BFI-Bereich eingespart werden soll. Aufgrund unerwarteter Unternehmensgewinne aus dem Kanton Genf verbessert sich die Staatsrechnung, weshalb eine Kompensation nun doch nicht mehr nötig sein werde. Wie positionieren wir uns inskünftig zum Thema Kompensation im BFI-Bereich zu Gunsten Horizon-Paket?

Thomas Werder führt aus, dass sich die Frage stelle, wie künftig ein ausgewogenes Verhältnis zwischen nationaler und europäischer Forschung sichergestellt werden könne. Es dürfe sich hierbei nicht um ein „entweder oder“ handeln, vielmehr sei eine ausgewogene Balance zwischen beiden Ebenen notwendig.

Der Präsident erkundigt sich in diesem Zusammenhang, ob eine gewisse Flexibilität auf der Zeitachse bestehe.

Ruedi Minsch hält fest, dass dies schwierig sein dürfte, da insbesondere die zeitliche Abfolge eine Herausforderung darstelle.

Nadine Wüthrich berichtet weiter, dass die WBK-S sich für Erasmus+ ausgesprochen habe. Die Kommission beschloss mit 5 zu 5 Stimmen, mit Stichentscheid ihres Präsidenten, auf den Bundesbeschluss einzutreten.

Ruedi Minsch berichtet, dass die Revision des Sprachengesetzes das Ziel verfolge, die Harmonisierung des Sprachenunterrichts in der obligatorischen Schule weiter sicherzustellen. Die Vernehmlassung erfolge vorsorglich aufgrund diverser Entscheide in den Kantonen (zuletzt wurde im Kanton Zürich entschieden, dass Französisch erst ab der 7. Klasse unterrichtet werden soll). Im Falle eines Scheiterns des harmonisierten Schulunterrichts wolle der Bundesrat dem Parlament umgehend Vorschläge unterbreiten können. Eine Anpassung des Sprachengesetzes würde jedoch hinfällig, sofern die Kantone ihre gemeinsame Sprachenstrategie weiterhin umsetzen würden. In der Vernehmlassung stünden zwei Varianten zur Anpassung des Art. 15 des Sprachengesetzes zur Diskussion:

- Variante I: Die erste Fremdsprache wird spätestens ab dem 3. Schuljahr (HarmoS 5), die zweite Fremdsprache spätestens ab dem 5. Schuljahr (HarmoS 7) unterrichtet.
- Variante II: Der Unterricht in der zweiten Landessprache beginnt in der Primarschule und dauert bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit. → Variante II würde es also zulassen, dass Englisch erst ab der Sekundarschule unterrichtet werden müsste.

economiesuisse anerkenne, dass der Erwerb von zwei Landessprachen den nationalen Zusammenhalt in der Schweiz stärke. Über die Gestaltung des Fremdsprachenunterrichts sollen die Kantone aber selbst entscheiden. Eine Bundeskompetenz sei nicht gerechtfertigt. Relevant seien die Qualität und Wirksamkeit des Fremdsprachenunterrichts, nicht der Zeitpunkt des Spracherwerbs oder die Anzahl Lektionen. Es gebe Evidenz, dass Französisch ab dem dritten Schuljahr weniger Mehrwert bringe. Bei Englisch hingegen sei der Erfolg grösser. Schliesslich sollte Bildungspolitik auf evidenzbasierten Entscheidungen beruhen, nicht auf symbolischen Massnahmen.

Der Präsident fügt hinzu, dass es bei der Vernehmlassung wichtig sei, auf die Erkenntnisse im Bildungsbericht einzugehen.

Ruedi Minsch erklärt, dass der Entwurf vor der Sitzung im September den Mitgliedern der Kommission geschickt werde.

Ruedi Minsch informiert, dass die Ergebnisse aus der Vernehmlassung zum Gesetzesentwurf zur parlamentarischen Initiative «*Mehr Ressourcen und Anreize für die 3R-Forschung, um Alternativen zu den Tierversuchen rascher voranzutreiben*» sowie die Tierversuchsinitiative am 3. und 4. September 2026 in der WBK-N traktandiert seien. economiesuisse unterstütze die Förderung des 3R-Prinzips, um

Tierversuche dort zu ersetzen, wo wissenschaftlich anerkannte Alternativen existieren, und dort zu reduzieren bzw. zu verfeinern, wo sie weiterhin notwendig seien. Entscheidend sei jedoch, dass die Umsetzung einen effektiven Mehrwert für den Tierschutz schaffe und keinen zusätzlichen administrativen Aufwand verursacht werde. Angesichts hoher bestehender Tierschutzstandards und des intensiven internationalen Wettbewerbs lehne *economiesuisse* zusätzliche Strukturen wie Fachsekretariate ab und spreche sich stattdessen für effiziente und planbare Verfahren aus, insbesondere für eine verbindliche Bewilligungsfrist von maximal zwei Monaten ab Prüfung der Vollständigkeit des Gesuchs.

Martin Missbach pflichtet bei, dass verbindlich festgelegte Bewilligungsfristen äusserst relevant seien.

Liliane Brunner berichtet, sie habe in der Arbeitsgruppe von Interpharma mitgewirkt, welche die Stellungnahme redigiert habe. Sie stelle sich die Frage, weshalb eine Bewilligungsfrist von den Universitäten in ihren Stellungnahmen nicht berücksichtigt worden sei. Sie ist der Ansicht, dass die gesetzliche Festlegung einer Bewilligungsfrist und -fiktion zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit beitragen könne.

Martin Missbach pflichtet dem bei und betont, es sei entscheidend, dass Forschung und Industrie eng zusammenarbeiteten.

Ruedi Minsch berichtet, dass ein neues Dossierpolitik zur Bedeutung globaler Talente für die Innovationsfähigkeit der Schweiz veröffentlicht wurde ([Link zum Dossier](#)). Darin wurde aufgezeigt, dass sich Innovation weltweit in wenigen, stark vernetzten Clustern konzentrieren würde. Die Schweiz gehöre dank ihrer hohen Spezialisierung und leistungsfähiger Netzwerke zu dieser Spitzengruppe (im Cluster-Ranking pro Kopf auf Platz 14 weltweit). Mit dem Dossierpolitik sollte, auch hinsichtlich der Chaos-Initiative, aufgezeigt werden, dass die Schweiz als kleine wissensintensive Volkswirtschaft in besonderem Mass auf internationale Fachkräfte angewiesen sei und globale Talente eine zentrale Voraussetzung für die Innovationsfähigkeit der Schweiz seien.

Auf die Frage von **Franziska Hedinger**, was das genau bedeute, dass ein Dossier geschrieben wurde, erklärt **Ruedi Minsch**, dass dieses für die Kommunikation eingesetzt werde, auch im Zusammenhang mit der Chaos-Initiative.

Nadine Wüthrich gibt ein kurzes Update zum Stand zur Arbeitsgruppe Innovation & Scale-up. In der Arbeitsgruppe gab es im März einen Austausch mit dem Präsidenten des Schweizerischen Pensionskassenverbands. Er erzählte u.a., dass sehr wenige Pensionskassen direkt in Scale-ups investieren würden; wenn Direktinvestitionen erfolgen, dann vor allem in Form von Co-Investments mit langen Anlagehorizonten von zehn Jahren oder mehr. Entscheidend für Investitionen in Private Equity und Venture Capital sei das Mindset der Stiftungsräte und der Berater. Diese würden oftmals eher zurückhaltend agieren, nicht zuletzt aus Reputationsgründen und Selbstschutz. Als nächster Schritt würden daher für die nächste Sitzung im September Berater von Pensionskassen eingeladen und mit ihnen den Austausch gesucht. Ebenfalls in der Sitzung vom März wurde der Sekundärmarkt «SSX Access Market» der SIXX vorgestellt. Ziel dieses neuen Marktes sei es, wachstumsstarken, aufstrebenden Unternehmen bei der Schaffung von Liquidität zu unterstützen (Unternehmensanteile können veräussert werden, ohne die gesamte Unternehmung verkaufen zu müssen) und sie frühzeitig an den Schweizer Finanzplatz zu binden. Der Start des Marktes mit den ersten Unternehmen sei nach erwarteter Genehmigung im dritten oder vierten Quartal 2026 vorgesehen. In der Sitzung im Juni wurden zwei Steuerexperten eingeladen um die steuerlichen Rahmenbedingungen für Scale-ups zu diskutieren.

Nadine Wüthrich berichtet weiter, dass *economiesuisse* Vorstandsmitglied des neu gegründeten Vereins «Innovationsallianz Schweiz» sei. Der Verein bezwecke die Öffentlichkeit über Venture-Capital als Anlageklasse zu informieren und die Entscheidungs- und Orientierungsfähigkeit institutioneller Anleger zu stärken. Ausserdem baue der Verein eine unabhängige Wissens-, Austausch- und Vernetzungsplattform auf. Als erstes erfolge in Zusammenarbeit mit Sotomo eine Befragung in der breiten Bevölkerung, u.a. über deren Wissensstand zu PKs und deren Anlagestrategien und die Haltung zu Investitionen in Startups durch Pensionskassen.

Alain Gut berichtet, er habe früher einmal eine Pensionskasse präsiert. Dabei handle es sich um eine sehr anspruchsvolle Aufgabe, die mit grosser Verantwortung verbunden sei. Wenn Risiken falsch eingeschätzt würden, bestehe zudem eine persönliche Haftung. Er regt an, die Haftungsthematik in unsere Überlegungen entsprechend aufzunehmen.

4 Dossierpolitik Tierversuchsverbotsinitiative

Nadine Wüthrich berichtet, dass voraussichtlich Mitte / Ende 2027 über die Tierversuchsverbotsinitiative abgestimmt wird, die ein umfassendes Verbot von Tierversuchen in der Verfassung verankern will.

Der Entscheid darüber, wer die Kampagne führen werde, wurde noch nicht getroffen.

Das Dossierpolitik wurde zusammen mit der Einladung verschickt. **Nadine Wüthrich** stellt die wesentlichen Punkt kurz daraus vor und fragt nach Inputs.

- Ein Verbot von Tierversuchen würde die biomedizinische Forschung und Entwicklung stark einschränken und internationale Unternehmen zum Abzug ihrer Forschungstätigkeiten bewegen. Diese Verlagerung ins Ausland würde die hiesige Wertschöpfungskette schwächen, von der zahlreiche KMU und Zulieferer abhängen, die Innovationskraft einschränken, Arbeitsplätze gefährden und hätte damit massiv negative Folgen für die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Schweiz.
- Medizinischer Fortschritt setzt Forschung mit Tierversuchen voraus: Tierversuche, insbesondere jene mit Schweregrad 3, sind nach wie vor zentral für die Entwicklung und Prüfung neuer, innovativer Therapien und Medikamente. Tierversuche sind ausserdem ein zentraler, gesetzlich verankerter Bestandteil des Sicherheits- und Zulassungsprozesses. Ein Verbot hätte weitreichende Konsequenzen für die Entwicklung neuer Therapien, da zentrale Krankheitsmechanismen und potenzielle Nebenwirkungen von Medikamenten in der vorklinischen Phase nicht mehr ausreichend untersucht werden könnten.
- Die Schweiz verfügt über eines der strengsten Tierschutzgesetze weltweit. Tierversuche dürfen nur mit Bewilligung und unter klar definierten Bedingungen durchgeführt werden.
- Forschung, Bund und Industrie investieren kontinuierlich in Alternativmethoden, um Tierversuche zu reduzieren und zu verbessern. Entsprechend ist es richtig und zielführend, zusätzliche Ressourcen gezielt für die 3R-Forschung bereitzustellen und deren Förderung auch gesetzlich weiter zu verankern.
- Ein nationales Verbot würde Tierversuche ins Ausland verschieben, wo Standards oft niedriger sind. Dies könnte das Tierwohl insgesamt verschlechtern und ethische Kontrollen erschweren.

Nadine Wüthrich berichtet, dass von Seiten scienceindustries bereits der Input eingetroffen sei, dass versucht werden soll, eine noch weitere Tragweite im Dossier zu erreichen. Tierversuche würden nicht nur in der Grundlagen- und Pharmaforschung eingesetzt werden, sondern auch bei der Prüfung der Sicherheit von Chemikalien und Konsumentenprodukten (z. B. Kosmetika oder Lebensmittelsicherheit).

Martin Missbach unterstützt das Argument von scienceindustries und hält fest, dass der betrachtete Aspekt auch auf weitere Bereiche wie Kosmetika ausgeweitet werden sollte, etwa auf Produkte wie Sonnencreme. Der Fokus müsse stärker auf dem Sicherheitsaspekt liegen und entsprechendes Gewicht in der Argumentation erhalten.

Der Präsident erkundigt sich, bis wann entsprechende Inputs benötigt würden, und betont, es sei wichtig, dass Wirtschaft und Hochschulen hierbei eng zusammenarbeiteten.

Ruedi Minsch hält fest, dass sich auch nicht-pharmazeutische Branchen zu diesem Thema äussern sollten. Es handle sich um einen grundsätzlichen Angriff auf die Forschungsfreiheit in der Schweiz.

Liliane Brunner ergänzt, dass auch die Ausbildung betroffen sei, da auch dort Tierversuche nicht mehr möglich wären.

Rita Hidalgo stimmt dem zu und hält fest, dass dies ebenfalls in der Berufsbildung, etwa bei der Ausbildung von Laborantinnen und Laboranten, ein Problem darstelle, da praktische Arbeiten mit Tieren nicht mehr durchgeführt werden könnten.

Thomas Werder führt aus, dass der SNF sich gegen die Initiative positioniere. Gleichzeitig brauche es eine einheitliche Bewertungspraxis hinsichtlich der Schweregrade, da der Föderalismus in diesem Bereich derzeit nicht zielführend sei. Zudem stelle sich die Frage nach dem konkreten Nutzen von Tierversuchen, die kommunikativ geschickter vermittelt werden müsse. Der Fokus solle dabei weniger auf Tierwohl oder wirtschaftlichen Aspekten liegen, sondern stärker auf den gesundheitlichen Nutzen für den Menschen.

Martin Missbach ergänzt, dass die bestehende Gesetzgebung im Bereich Toxikologie zwar erwähnt werden könne, jedoch nicht zu stark hervorgehoben werden sollte. Insbesondere sei es nicht zielführend, eine zu starke Abgrenzung zwischen toxikologischen Untersuchungen und Tierversuchen im Bereich der Medikamentenentwicklung vorzunehmen.

Noël Palushaj hält fest, dass das vorliegende Argumentarium die wichtigsten Punkte beinhalte. Insbesondere sei die Aufnahme des Aspekts der Schweregrade zentral und müsse bewusst hervorgehoben werden. Ebenso sei es wichtig, die Breite der betroffenen Bereiche abzubilden. Für die Kommunikation im Rahmen einer Kampagne sei entscheidend, nicht nur die Industriesicht einzubringen, sondern auch den Hochschulbereich sowie weitere Stakeholder einzubeziehen, die ihre Perspektiven anhand konkreter Beispiele darlegen könnten.

Liliane Brunner betont ergänzend, dass die Bedeutung der Forschung insgesamt in der Schweiz stärker hervorgehoben werden müsse.

Thomas Werder berichtet in diesem Zusammenhang, von einer Kampagne des SNF zur Bedeutung der Grundlagenforschung ([Grundlagenforschung heute – Innovation morgen](#)). Dabei werde das Narrativ verfolgt, dass Grundlagenforschung einen direkten Einfluss auf industrielle Innovation habe.

→ Eine aktualisierte Version des Dossierpolitiks wird den Mitgliedern zugestellt.

5 Präsentation Projekt Grundkompetenzen der obligatorischen Schulzeit

Nadine Wüthrich berichtet, dass die Grundkompetenzen gemäss Lehrplan 21 die Kompetenzen in der Schulsprache, der ersten und zweiten Fremdsprache, der Mathematik und den Naturwissenschaften umfassen. Der Fokus von economiesuisse liege auf den Grundkompetenzen Lesen und Schreiben in der Schulsprache sowie Mathematik. Verschiedene Leistungserhebungen würden zeigen, dass diese Grundkompetenzen der 15-Jährigen in der Schweiz seit 2015 abgenommen haben. Immer mehr Jugendliche würden die Mindestanforderungen am Ende der obligatorischen Schule nicht erreichen. Besonders betroffen sei der Übertritt in die berufliche Grundbildung: In dreijährigen EFZ-Lehren sowie bei zweijährigen EBA-Ausbildungen würden die Leistungseinbussen laut aktuellem Bildungsbericht 2026 einem Kompetenzverlust von rund einem Schuljahr entsprechen.

Vor diesem Hintergrund ist es interessant zu erfahren, ob und falls ja, wie die Ausbildungsbetriebe diesen Rückgang der Grundkompetenzen bei Lernenden zu Beginn des 1. Lehrjahrs wahrnehmen, welche Auswirkungen er auf ihre Ausbildungspraxis hat und welche Massnahmen sie deswegen getroffen haben. Ihre Beobachtungen aus dem Berufsalltag ergänzen die Ergebnisse aus Leistungserhebungen um eine wichtige Perspektive. economiesuisse führe dazu in Zusammenarbeit dem SAV und sgv eine Umfrage durch, die am 16. Juni 2026 gestartet sei und noch bis am 10. Juli 2026 dauere. Die Umfrage wurde an die Mitglieder von economiesuisse, SAV und sgv geschickt.

Die Ergebnisse daraus und die Forderungen der Wirtschaftsverbände würden im September nach der Veröffentlichung der neusten PISA-Ergebnisse (8. September 2026) publiziert werden.

Link zur Umfrage auf Deutsch: <https://survey.economiesuisse.ch/index.php/249833?lang=de>

Link zur Umfrage auf Französisch: <https://survey.economiesuisse.ch/index.php/249833?lang=fr>

6 Überblick Arbeitsprogramm

Ruedi Minsch berichtet, dass derzeit insbesondere an den blau markierten Themen gearbeitet werde (vgl. Folie 44). Die beiden Themen ohne farbliche Hervorhebung, «Profilierung Hochschulbildung» sowie «Forschungsfreiheit / institutionelle Autonomie», seien in den letzten rund eineinhalb Jahren nicht weiterverfolgt worden. Die «Begleitung der Studie zum Rückgang der Innovationsaktivitäten» könne gestrichen werde, da diese Studie im März 2026 publiziert wurde. Wir haben hierzu ebenfalls berichtet: [Der Innovationskraft Sorge tragen | economiesuisse](#)

Der Präsident hält fest, dass geprüft werden könne, ob die beiden Themen «Profilierung Hochschulbildung» sowie «Forschungsfreiheit / institutionelle Autonomie», aus dem Programm gestrichen werden sollten, sofern kein entsprechendes Interesse mehr bestehe.

Regula Jöhl führt aus, dass das Thema der Profilierung derzeit die Kammer Fachhochschulen von swissuniversities beschäftige.

Ruedi Minsch hält fest, dass ein Austausch mit der Kammer FH interessant sei, um zu prüfen, ob das Thema auch für die eigene Arbeit relevant sein könnte. Das Thema Forschungsfreiheit könne aus dem Programm gestrichen werden.

Franziska Hedinger hält fest, dass sie die Profilierung der Hochschulbildung ebenfalls als ein interessantes Thema erachte. Dabei sei insbesondere relevant, dass Fachhochschulen auch künftig ihrem Profil entsprechend Fachhochschulen blieben. **Rita Hidalgo** bekundet ebenfalls Interesse an diesem Thema.

Ruedi Minsch hält fest, dass in diesem Zusammenhang ein Austausch zwischen Regula Jöhl, Franziska Hedinger, Rita Hidalgo und Ruedi Minsch geplant werden sollte.

Der Präsident betont hinsichtlich des HFKG, dass das bestehende System verschiedene Fehlanreize aufweise und aus sich heraus nur begrenzt reformfähig sei. Es erscheine daher sinnvoll, dieses von aussen zu analysieren.

Ruedi Minsch ergänzt, dass es für ETH und Fachhochschulen eine gute Gelegenheit darstelle, sich in diesen Prozess einzubringen. Dabei solle auch offen adressiert werden, wo das System nicht optimal funktioniere.

Alain Gut fragt, ob der Einfluss künstlicher Intelligenz auf die Bildung ein neues Thema für economiesuisse sein könnte. Er hält fest, dass die Berufswelt zunehmend unter Druck stehe, da weniger Lehrstellen angeboten würden und Hochschulabsolventinnen und -absolventen grössere Schwierigkeiten hätten, eine Stelle zu finden. Die Schweiz sei in diesem Bereich derzeit kein Frontrunner, weshalb es wichtig erscheine, eine klare Position zu entwickeln.

Der Präsident gibt zu bedenken, ob economiesuisse hierfür überhaupt der richtige Absender sei. Gleichzeitig hält er fest, dass aufgenommen und geprüft werden solle, wie damit umzugehen sei.

Alain Gut führt weiter aus, dass im Bereich der ICT-Berufsbildung eine Revision der Informatikausbildung anstehe. Der entsprechende Prozess dauere rund zwei bis drei Jahre, bis zur Wirkung in Form neu ausgebildeter Fachkräfte vergingen jedoch insgesamt etwa fünf Jahre.

Martin Missbach hält fest, dass eine zentrale Schwierigkeit darin bestehe, dass die zukünftige Entwicklung schwer abschätzbar sei. Die Rahmenbedingungen hätten sich bereits in den letzten zwei Jahren stark verändert. Vor diesem Hintergrund stelle sich die Frage, wie eine belastbare und sinnvolle Position erarbeitet werden könne.

Alain Gut ergänzt, dass künftig andere Kompetenzen an Bedeutung gewinnen würden. Die Wirtschaft werde die entsprechend ausgebildeten Fachkräfte aufnehmen.

Der Präsident hält fest, dass die Wirtschaft oft kurzfristig reagiere, etwa durch Stellenabbau. Es erscheine daher wichtig, ein Narrativ zu entwickeln, das vor zu kurzfristigem Handeln warne.

Ruedi Minsch betont, dass das Thema von hoher Relevanz sei und aufgenommen werden sollte. Gleichzeitig müsse geprüft werden, welche konkreten Aussagen überhaupt möglich seien.

Liliane Brunner führt aus, die Schweiz besitzt ein weltweit einmalig tiefes und breites Wissen im komplexen Drug Discovery und Development. Wenn wir dieses Wissen mit dem Talent in KI und Robotik verknüpfen, kann eine hochinnovative Forschung entstehen, die neue Investitionen anzieht. Das erfordert einen schnellen Schulterschluss von Politik, Hochschulen und Industrie. Es gilt, Bereiche zusammenzuführen, Silos abzubauen und Synergien zu nutzen. Gerade über eine agilere Aus- und auch Berufsbildung können wir gezielt Know-how aufbauen und gleichzeitig Entwicklungskosten senken, um den Innovationsmotor Pharma und dessen Wertschöpfung hier in der Schweiz zu halten.

Rita Hidalgo hält fest, dass es wichtig sei, zunächst klar zu definieren und abzugrenzen, worüber konkret gesprochen werden solle.

Noël Palushaj ordnet das Thema im Kontext der Innovationspolitik ein und hält fest, dass innerhalb der Mitgliedschaft Interesse bestehe, künstliche Intelligenz stärker aufzunehmen. Das Thema könne sich als mögliches Follow-up zur aktuellen Scale-up-Thematik anbieten.

- ➔ Bis zur nächsten Sitzung werden Überlegungen gemacht, wie das Thema aufgenommen werden könnte.
- ➔ Interview der NZZjobs mit Alain Gut zum Thema Künstliche Intelligenz und deren Bedeutung für die digitale Bildung: [Künstliche Intelligenz und die Bedeutung von digitaler Bildung - jobs.nzz.ch](https://www.nzz.ch/jobs/kuenstliche-intelligenz-und-die-bedeutung-von-digitaler-bildung-1.1648888)

7 **Varia**

Die nächste Sitzung findet am Freitag, 18. September 2026 an der Universität Zürich statt (ganzer Tag). Das Detailprogramm folgt noch.

Der Präsident schliesst die Sitzung um 12:18 Uhr und lädt die Anwesenden zur gemeinsamen Verpflegung ein.